

## Die emanzipatorische Lücke

### *Zwischen Alternativbewegungen von Unten und den Erfordernissen der politischen Form*

In meinem Input möchte ich einen Beitrag zur Bearbeitung eines Evergreens emanzipatorischer Bewegungen liefern. Es geht dabei um das Problem eines scheinbar unüberwindbaren Hiatus zwischen Projekten von Unten, die ‚basis-nah‘ – d.h. entlang integrativer, radikaldemokratischer, umfassend auto-reflexiver und an Vergemeinschaftungsaspekten interessierter Ausrichtungen fungieren und solchen, die an die (hegemoniale und hegemonialisierende) politische Form anschließen. Der Text wird in Form einer eher essayistischen Reflexion verfasst werden, die sich in der Intersektion von unmittelbaren Erfahrungen der Praxis und Theorien der Praxis bewegt. Der Standpunkt wird dabei primär einer der Basisbewegungen sein bzw. genauer Versuche der Schaffung alternativer ‚Enklaven‘, die sich gegen die herrschenden Verhältnisse richten, zur Grundlage haben. Beispielhaft wird dabei ein Bezug zu Projekten der sogenannten ‚Umsonstökonomie‘ hergestellt, bezüglich derer ich auch persönliche Erfahrungen einbringen kann. Versuche der selbstorganisierten (Re-)Produktion und Distribution haben in rezenten Debatten (wieder) an Gewicht gewonnen, allerdings mit gegenüber früheren Versuchen (z.B. Genossenschaften in der Zwischenkriegszeit oder alternativer Wirtschaft in den 1980er Jahren) neuen Akzenten. So wird einerseits der Gesichtspunkt der Geld- und Tauschfreiheit stärker hervorgehoben, andererseits unter dem Label ‚Commons‘ der Anspruch einer umfassenden integrativen Synthese von ‚ökonomischer‘ und ‚politischer‘ Organisation im öffentlichen Raum explizit lanciert und gegen herrschende Modelle stark gemacht

Dieser Trend nötigt die Beschäftigung mit einigen Problemen emanzipatorischer Praxis auf, die vielfach nicht neu sind, in mancher Hinsicht heute allerdings unter neuen Vorzeichen zu bewerten sind. Es geht dabei v.a. um die Frage ob und wie derartige ‚realutopische‘ Projekte organisiert werden können und wie sie sich zu institutionalisiert(er)en Praxen positionieren. Meine These ist, dass an Hand von Projekten die dem Prinzip des ‚Commoning‘ und der erwähnten Intersektion von Ökonomie und Politik folgen, dieses Verhältnis besonders gut verhandelt werden kann, da sich in ihnen zahlreiche Widerspruchsdimensionen überkreuzen (deren zentralste wohl jene zwischen Ökonomie und Politik überhaupt ist). Diese Widersprüche sind als gesellschaftlich induzierte zu verstehen und müssen von emanzipatorischen Akteur\_innen notwendig bearbeitet werden – die Frage ist alleinig auf welche Weise dies geschieht. Oftmals verblieben zentrale Aspekte der gesellschaftlich induzierten Widersprüche auf Grund der Vereinseitigungen von Praxen unbewusst und verdeckt, was mit (potentiellen) ideologischen Verklärungen einherging. Auch neuere Ansätze sind davor nicht gefeit, allerdings würde ich behaupten, dass sie a.) auf Grund ihrer Verfasstheit direkter auf die Widerspruchsdimension stoßen und b.) mit einem gesellschaftlichen Kontext (auch der institutionalisierten und nicht-institutionellen Linken) konfrontiert sind, der diese Widersprüche weiter zuspitzt.

Zunächst möchte ich die Stärken der zu diskutierenden Praxen von Basisbewegungen diskutieren und damit hervorheben, warum sie überhaupt Relevanz haben. Einige Punkte:

- Sie versuchen radikal alternative Ansätze, was angesichts der eingefahrenen Pfadabhängigkeiten bestehender (reformistischer) Wege notwendig erscheint
- Sie integrieren – gerade auch nicht bereits politisch organisierte – Menschen unmittelbar entlang von direkten Interessensbezügen
- Sie sind regelmäßig direkt- bzw. radikaldemokratisch orientiert und entsprechen damit einem Legitimationserfordernis, das gerade institutionalisierter Demokratie mehr und mehr abhandenkommt
- Sie versuchen die Trennung zwischen Privatem und das Öffentlichem ‚praktisch‘ zu unterlaufen und kehren damit zentrale Aspekte hervor, die in den herrschenden Verhältnissen als ‚partikulare‘ ignoriert bzw. abgewertet werden
- Sie stellen Ansprüche, die den Integrationstendenzen hegemonialer („neoliberaler“) Logik immanent widerstreben
- Sie subvertieren die herrschaftsförmige funktionale Differenzierung im modernen Politischen und Ökonomischen indem sie die Trennung infrage stellen

Dies führt jedoch auch zu zahlreichen Problemen, die sie vielfach mit älteren Versuchen der Organisation von Unten teilen.

- Ihre Radikalität korrespondiert oft nicht mit den ‚Formzwängen‘ einer hochintegrierten Gesellschaft, die sich ab einem gewissen Organisationsgrad (scheinbar) notwendig ergeben
- Sie weisen nicht die Professionalität und strukturelle Verstetigung auf, die für eine weitere Verdichtung und Prolongierung von Organisationsprozessen notwendig ist
- Sie wollen sich nicht innerhalb herrschender demokratischer Verfahren legitimieren lassen, was faktisch bzw. hinsichtlich der ‚öffentlichen Wahrnehmung‘ (die nicht notwendig die des ‚demos‘ ist) einen Bedeutungsverlust impliziert
- Sie sind gefährdet sich in partikularen Perspektiven zu verlaufen (Stichwort ‚Mosaik-‘ oder besser ‚Puzzle-Linke‘)
- Sie erkennen nicht die Relevanz der Orientierung am ‚gesellschaftlichen Durchschnitt‘ bezüglich der sozialen Differenzierung und Integration (z.B. Stand der Produktivkräfte)

Hinsichtlich dieser ambivalenten Bestimmung ist nun v.a. die Frage der Verortung entlang des Politischen von Relevanz, ihr will ich im Paper besonders nachgehen. Unter dem Politischen verstehe ich hier breit definiert die Verallgemeinerung von Interessen, insofern sie mit einem gewissen vorgefundenen Set an Handlungsrationitäten und strukturellen Ensembles (‚politische Formlogik‘) korrespondiert. Nicht nur für ‚politische‘ emanzipatorische Projekte, sondern auch für solche mit einem ‚ökonomischen‘ Selbstverständnis ist die politische Dimension der Verallgemeinerung von Relevanz, da sie (zuerst) neben ihrer spezifischen Beschaffenheit auch immer ein partikulares Interesse sind, das verallgemeinert werden muss. Es ist also anzunehmen, dass sich für alle Projekte von Unten irgendwann die Frage nach dem Verhältnis zur Politikform stellt. Praktisch erscheint das Problem der Verhältnisbestimmung meistens in Beziehung zum erweiterten Staat und den hier vorzufindenden Akteur\_innen hegemonialer Kämpfe (Parteien, Regierungs- und Verwaltungsorganisationen, zivilgesellschaftliche Institutionen) bzw. ihrer Handlungsration. Deutlich wird dabei ein Spannungsverhältnis, das sich im Antagonismus zwischen der partikularen Positionierung der ‚Bewegungen von Unten‘ und der universalen Verfasstheit der politischen Institutionen entfaltet. Verschärft wird dieses Spannungsverhältnis dadurch, dass zumindest die besprochenen rezenten Bewegungen von Unten einige Merkmale aufweisen, die sie gegenüber zentralen Aspekten der politischen Form negativ einstellt, es könnte gar von einer ‚antipolitischen‘ Ausrichtung gesprochen werden. Sie lehnen auf Basis der propagierten Praxen Aspekte ab, die für die Anschlussfähigkeit an politische Verallgemeinerung (die notwendig auch mit den bestehenden Institutionen konfrontiert ist) essentiell sind. Dies geschieht nicht (nur) – wie auch schon in früheren Bewegungen – auf Basis von selbst noch politischen Programmatiken (z.B. solche der libertären Staatskritik), sondern ergibt sich gewissermaßen intrinsisch aus den Praxen selbst: indem sie die Grenze zwischen Politischen und Ökonomischen, Privaten und Öffentlichen zu transzendieren versuchen, subvertieren sie auch die Logik des Politischen, die auf diese (und weitere) Trennungen angewiesen ist. Wieso dies so ist werde ich im Paper an Hand einiger Beispiele aus der Praxis zu erörtern versuchen. Jedenfalls wird – so die These – als Resultat ein immer schon bestehender Hiatus zwischen Bewegungen von Unten und der Politik von Oben verfestigt und zu einem auf neuer Basis zu bearbeitenden Problemkomplex.

Eine derartige Bearbeitung aus der Warte einer Theorie der Praxis soll schließlich in den breiteren Zusammenhang gesellschaftlicher Transformationen des (etablierten) Politischen bzw. der Bezugnahmen auf es gerückt werden. Hierfür scheinen insbesondere Aspekte einer ‚postpolitischen Conditio‘ von Bedeutung zu sein, die sich nicht nur in der (oft regressiven) ‚Politikverdrossenheit‘ artikuliert, sondern auch die neuesten sozialen Bewegungen prägen, die – wie im ‚Arabischen Frühling‘ – von unten kommend ganze Systeme gestürzt haben, allerdings kaum konstruktive politische Verstetigungen bewerkstelligten. Ob und inwiefern hier Parallelen bestehen bzw. Problemstellungen der Praxis in Bezug zu breiteren gesellschaftlichen Transformationen der Problemhorizonte stehen und diese wiederum geänderte Theorien der (politischen) Praxis notwendig machen, soll in einigen abschließenden Überlegungen verhandelt werden.